

Bericht zur Marktratssitzung am 26.04.2021

Am Montag traf sich der Marktrat in der Helmut-Wimmer-Sporthalle zur Sitzung.

TOP 1: Bauanträge

Hier ergingen keine nennenswerten Anträge.

TOP 2: Aufstellen des Haushaltsplanes und Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021

Der Haushaltsplan und die entsprechende Haushaltssatzung für das Jahr 2021 wurden vorgestellt.

Der Verwaltungshaushalt ist mit rund 12 Mio. Euro veranschlagt, der Vermögenshaushalt mit 13 Mio. Euro. Dies wird sich jedoch in den nächsten Jahren absehbar ändern, da größere Investitionen wie z.B. die Sanierung der Kläranlage anstehen.

Ein Kredit muss 2021 nicht aufgenommen werden.

Für Grundstückserwerbe sind rund 5. Mio. Euro vorgesehen.

Die Hebesätze für Grundsteuer A und B, sowie Gewerbesteuer bleiben bei 310 von Hundert.

In Kraft tritt diese Satzung zum 01.01.2021.

Es ergingen Anregungen von Seiten des Gemeinderats, man möge einen Teil der gekauften Grundstücke für sozialen Wohnungsbau verwenden und dort beispielsweise eine Gemeindeimmobilie errichten, in der Wohnungen Senioren oder frisch von zuhause ausgezogenen jungen Erwachsenen Platz finden könnten.

Schlussendlich wurde der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung mit vier Gegenstimmen genehmigt.

TOP 3: Beratung und Beschlussfassung über den Finanzplan der Jahre 2020 bis 2024

Dieser Beschluss wurde kommentarlos gefasst, ebenfalls mit vier Gegenstimmen.

TOP 4: Erneuerbare-Energien-Gesetz: Beratung über die Erweiterung des Korridors zur Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen von 110 Meter auf 200 Meter

Vor kurzem hatte sich das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) geändert: die Streifen neben den Autobahnen und Schienenwegen, in denen für Photovoltaikanlagen ein Anspruch auf Vergütung des eingespeisten Stroms existiert, sind von ehemals 110 m auf 200 m erweitert worden. Frau Fischer hatte in einer vorangegangenen Sitzung einen Antrag gestellt, ihre bestehende PV-Anlage nun entsprechend zu vergrößern (wir berichteten, siehe Bericht vom 22.02.2021).

Dieses Vorhaben wurde nun im Umweltausschuss diskutiert. Die Empfehlung lautete, dass der im Gemeindegebiet zulässige Streifen für PV-Anlagen auf 200 m vergrößert werden soll, jedoch nur wenn die betreffenden Flächen schon im Flächennutzungsplan als Sondergebiet Solar ausgewiesen wurden oder im gemeindeeigenen Plan von 2018 als bevorzugte Solarflächen gekennzeichnet sind. Zusätzlich soll überprüft werden, ob die Gewerbesteuer dabei in der Gemeinde verbleibt.

Irmgard Friedberger brachte hier Einsicht aus dem Steuerrecht: bei Photovoltaikanlagen fließt der nahezu der gesamte Teil der Gewerbesteuer der Gemeinde zu, in der der Solarpark steht. Ein geringer Prozentsatz wird zwar auch abfließen, dieser ist jedoch im Vergleich zum Hauptanteil vernachlässigbar klein und so verbleibt die Gewerbesteuer fast vollkommen in der Gemeinde.

Derzeit sind von 172 ha möglicher PV-Fläche 25 ha verbaut. Die Erweiterung auf 200 m würde eine Vergrößerung der Fläche um 105 ha auf 277 ha bedeuten.

Aus dieser Planänderung entstehen selbstverständlich keine Ansprüche auf Genehmigung einer solche Anlage. Man passt hier nur eine interne Planung an. Liegen schlagkräftige Argumente vor, kann eine PV-Anlage auch im präferierten Gebiet abgelehnt werden.

Dieses Vorhaben wurde mit drei Gegenstimmen genehmigt.

TOP 5: Behandlung eines Antrags auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplanes für die Erweiterung einer Freiflächen-PV-Anlage durch Frau Susanne Fischer

Hierbei ging es um den in TOP4 genannten Antrag von Frau Fischer. Entsprechend den nun geltenden Regelungen wurde dieser genehmigt. Frau Fischer hat sich bereit erklärt, die Verfahrenskosten für die Bebauungsplanänderung zu tragen und die notwendigen Ausgleichsflächen zur Verfügung zu stellen. Mit einer Gegenstimme wurde dies genehmigt.

TOP 6: Behandlung eines Antrags auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplanes für die Erweiterung einer Freiflächen-PV-Anlage durch Herrn Christian Schöpfbeck

Herr Schöpfbeck stellte einen ganz ähnlichen Antrag wie Frau Fischer. Auch Herr Schöpfbeck hat sich bereit erklärt, die Verfahrenskosten für die Bebauungsplanänderung zu tragen und die notwendigen Ausgleichsflächen zur Verfügung zu stellen.

Mit drei Gegenstimmen wurde dies genehmigt.

TOP 7: Informationen und Anregungen

Es ergingen einige klarstellende Informationen zu Covid-Lage:

Im Gemeindegebiet gibt es derzeit 48 aktive Fälle. Das Heim für Asylbewerber ist unter Quarantäne, dort gab es zwei positiv getestete Fälle. Entsprechende Maßnahmen werden ergriffen.

Seit 20.4. gelten neue Regelungen:

Im Landkreis DGF-LAN gilt wegen der hohen Fallzahlen eine Ausgangssperre schon ab 21:00 Uhr abends bis 5:00 Uhr morgens, Sportanlagen werden außer für Berufssport und Schulsport geschlossen. Auch Spielplätze dürfen nicht mehr betreten werden.

Bei Bestattungen gilt eine maximale Teilnehmerzahl von 25 und die Notbetreuung für Kinder in Kindergärten und Schulen darf nur noch von Eltern in Anspruch genommen werden, die in der kritischen Infrastruktur (also Rettungsdienste, Krankenhäuser, Arztpraxen und Einzelhandel) arbeiten und aus dienstlichen Gründen verhindert sind.

Vorerst gelten diese Regelungen bis zum 09.05.

Die Marktgemeinde hat vor kurzem Hundetoiletten aufgestellt, es erging die Bitte, diese nun auch zu nutzen. Sollten sich diese bewähren wurden weitere Behälter im Gemeindegebiet in Aussicht gestellt.

Gerügt wurde der teilweise sorglose Umgang mit Müll, der gedankenlos in die Natur geworfen wird sowie der Vandalismus in der Marktgemeinde. Innerhalb kurzer Zeit wurde zweimal eine Fensterscheibe des Rathauses eingeworfen und das neu gestrichene Bushäuschen beschmiert.

Anregungen von Seiten der Markträte ergingen wie folgt:

Ingrid Ast bat darum, den Radweg Richtung Zeholfing bis zur Biogasanlage fortzuführen, regte einen Verkehrsspiegel an der Kreuzung Erlauer Weg und Lahrstraße an und bat darum, den Geschwindigkeitsmesser für Autofahrer in der Zeholfinger Straße weiter ortsauswärts zu stellen.

Herbert Fellingner stellte einen Antrag, die Bäume rund um das Sebastianikirchlein als Naturdenkmal zu deklarieren. Damit wäre die Pflege gewährleistet.

Gudrun Zollner erkundigte sich nach dem Stand der Grundstücksverhandlungen für die Fortführung des Radwegs zwischen Altenbuch und Straßkirchen. Hier sei man aktuell in zähen Verhandlungen.

Damit endete der öffentliche Teil der Sitzung.